

03

GUT GESICHERT

Gefährliche Güter sicher transportieren: Informationen zum Thema beim „Gefahrguttag“

► Seite 8

GUT PLATZIERT

Die richtige Wahl des Standorts hilft Jungunternehmern leichter über die ersten Jahre

► Seite 42

GUT IM TRITT

Dynamisch und kraftvoll – so zeigen sich die Betriebe in der jüngsten Konjunkturumfrage

► Seite 44

DER MITTELSTAND IM AUFBRUCH

EUROPA: So nutzen Mittelständler ihre Chancen fern des Heimatmarktes ► S. 22



Ein europäisches Unternehmen aus Köln repräsentiert
Thomas Oldemeyer, Chef der LIOS Technology GmbH.

*„Im Jahr 2013 haben wir nur zehn Prozent unseres
Umsatzes in Deutschland erzielt. Im Vergleich dazu
sind es 40 Prozent in Europa.“*

Thomas Oldemeyer, LIOS Technology GmbH

IHK-JAHRESZIEL
2014:
MITTELSTAND
STÄRKEN!

EUROPA IST BEI UNS ZU HAUSE

MITTELSTAND // Für viele Mittelständler in der Region ist das EU-Ausland inzwischen wie ein Heimatmarkt. Immer mehr kleine Betriebe engagieren sich über die Grenzen hinaus. Der Abbau bürokratischer Hürden hilft dabei. EU-Förderungen werden aber noch wenig genutzt. Umso wichtiger ist die Beratung der IHK Köln, die Türen zu neuen Märkten öffnet und bei der Suche nach Fachkräften hilft.

Text: Werner Grosch
Fotos: Peter Boettcher

„Europa? Das ist doch fast wie früher Bayern!“ Der spontane Ausruf von Carsten Schweneker, Vorstandsvorsitzender der EBERO AG in Pulheim, scheint so gar nicht zu den häufigen Klagen über bürokratische Hürden und allerlei Hemmnisse auf dem Weg nach Europa zu passen. Doch der Unternehmer sagt das nicht unbedacht. „Wir haben im Jahr 2000 angefangen, uns mit dem Exportgeschäft

zu beschäftigen. Damals gab es noch viel mehr Auflagen, viel mehr Formulare auszufüllen“, erinnert sich Schweneker.

EBERO hat insgesamt rund 120 Mitarbeiter, die Hälfte davon am Standort Pulheim. Das Unternehmen ist ein Technischer Händler und Systemanbieter in allen Bereichen der Ver- und Entsorgungswirtschaft, Telekommunikationsbranche und Industrie, und exportiert seine Produkte unter anderem nach Skandinavien, Österreich und Tschechien. Die Orientierung hin zu anderen EU-Staaten sei heute »

VIELE MÖGLICHKEITEN DER EU-FÖRDERUNG

Mittelständler, die innerhalb der EU aktiv werden wollen, können eine Reihe von Förderinstrumenten in Anspruch nehmen. Eine Übersicht aller aktuellen Programme gibt die Förderdatenbank des Bundeswirtschaftsministeriums. Hier eine Auswahl an Fördermöglichkeiten, die besonders für KMU interessant sind.

Horizon 2020: Seit 2014 können sich Unternehmen, Hochschulen und Institutionen für das neue EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation namens „Horizon 2020“ bewerben. Das mit rund 80 Milliarden Euro dotierte Programm soll Technologie und Innovation von der

Grundlagenforschung bis zur Marktreife fördern. Ein Fünftel der Gesamtsumme ist speziell für KMU reserviert.

Darlehen der EIB: Die Europäische Investitionsbank bietet zur Unterstützung von Vorhaben verschiedene Darlehen an. Dazu gehören Globalkredite für Projekte von KMU mit einem Finanzbedarf bis 25 Millionen Euro. Außerdem wird beispielsweise Risikokapital zur Stärkung der Kapitalbasis von Unternehmen aus dem Hightechnologiesektor bereitgestellt.

Erasmus für Jungunternehmen: Das europäische Austauschprogramm bietet Jungunterneh-

mern die Möglichkeit, bis zu sechs Monate in einem KMU in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu arbeiten und dort von einem erfahrenen Unternehmer zu lernen. Gezahlt werden Zuschüsse zu Unterhalts- und Reisekosten. Das Programm richtet sich an Existenzgründer und erfahrene Unternehmer in kleinen und mittleren Unternehmen. **Gemeinsame Technologische Initiativen:** Solche Förderprogramme gibt es für verschiedene Branchen, darunter Informationstechnologie und Arzneimittelforschung. Weitere Informationen zu diesem und anderen Programmen:

www.foerderdatenbank.de

- » Alltagsgeschäft, sagt Schweneker, der Vorsitzender des Regionalkreises Nordrhein im Verband „Die Familienunternehmer – ASU“ ist.

Mittelständler sind international

Gar so selbstverständlich ist das noch nicht für jeden Mittelständler. Aber der Trend ist deutlich: Nach jüngsten Zahlen des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn ist bereits jedes zweite Unternehmen mit einem Umsatz bis 10 Millionen Euro im Ausland aktiv. Und weitere 20 Prozent denken ernsthaft darüber nach.

Der Internationalisierungsgrad von KMU sei größer als gedacht, betont das Institut. Und das, obwohl doch so viel von Brüsseler Hürden die Rede ist. Meldungen über ein drohendes Verbot von offenen Olivenöl-Dips im Restaurant oder über eine präzise Regelung des Wasserlaufs in Toilettenspülungen bleiben eben haften.

Dabei hat die EU-weite Angleichung von Grundregeln gerade auch für international aktive Unternehmen ja durchaus Sinn. Unternehmer Schweneker nennt Beispiele: „In Belgien ist das Insolvenzrecht ein ganz anderes als in Deutschland. Da wird eher der Schuldner als der Gläubiger geschützt. In den Niederlanden wiederum ist das Arbeitsrecht viel schärfer als hier. Einheitliche Regelungen würden hier vieles erleichtern.“

Eine Position, für die Experten Verständnis haben. „In vielen juristischen Bestimmungen gilt weitgehend das Ziel- und nicht das Herkunftslandprinzip. Das stellt natürlich auch eine Hürde dar für deutsche Betriebe, die im Ausland aktiv werden wollen“, sagt Dr. Klaus-Heiner Röhl, Senior Economist

beim Institut der deutschen Wirtschaft. Er verweist aber auf die andere Seite der Medaille: „Ein Dienstleister muss die rechtlichen Bedingungen des Ziellandes beachten, wenn er dort tätig wird. Dies gilt vor allem für das Arbeitsrecht – andernfalls könnte ein rumänisches Unternehmen in Deutschland tätig werden und hier rumänische Löhne zahlen.“

Eine weitgehende Harmonisierung auf dem Gebiet des Arbeitsrechts hält Röhl erst für möglich, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse in allen EU-Ländern sich weitgehend angeglichen haben. Angesichts der aktuellen Ungleichgewichte etwa zwischen Deutschland und dem ärmsten EU-Land Bulgarien dürfte das noch ein weiter Weg sein.

Die Forderung nach Harmonisierung unterstützt auch der Deutsche Industrie- und Handelskammertag. Gleichwohl betont die Dachorganisation in ihren aktuellen Positionen zur Ende Mai anstehenden Europawahl vor allem das Prinzip der Subsidiarität. Einfach gesagt: Brüssel soll den nationalen Regierungen all das überlassen, was sie besser selbst regeln können. Dass die EU den groben Rahmen vorgeben muss, ist indes unstrittig. Dazu gehört auch aus Sicht des DIHK die Entwicklung eines Gesellschaftsrechts, das vor allem KMU entgegenkommt. Zudem: Mehr Freihandel, weniger Verwaltungsaufwand.

Ein Antrag, 100 Stellen

Die Bürokratie ist immer noch das – zumindest gefühlt – größte Hemmnis für Mittelständler bei der Internationalisierung. Das zeigt sich vor allem bei den zahlreichen Förderprogrammen, die die EU anbietet und in deren Töpfen viele Milliarden Euro liegen. Dennoch scheuen viele Unternehmer davor



„In Belgien ist das Insolvenzrecht ein ganz anderes als in Deutschland. In den Niederlanden ist das Arbeitsrecht viel schärfer als hier. Einheitliche Regelungen würden vieles erleichtern.“

Carsten Schwenecker, EBERO AG

zurück. Von „bis zu 100 Stellen, die für einen Antrag zuständig sind“, spricht Schwenecker. Andere kennen keine passenden Angebote. „Bisher haben wir diese Möglichkeit nicht in Betracht gezogen. Hauptgrund ist, dass wir die gemeinsame anwendungsspezifische Entwicklung mit unseren Kunden bevorzugen“, sagt beispielsweise Thomas Oldemeyer. Der Chef der Kölner LIOS Technology GmbH räumt ein: „Vielleicht wissen wir aber auch zu wenig darüber.“ Sein Unternehmen gehört zur dänischen NKT-Gruppe und hat in Köln 40 Mitarbeiter. Sie ent-

wickeln, produzieren und vertreiben Temperatursensoren, die beispielsweise bei der Überwachung von Hochspannungskabeln und Freileitungen oder beim Brandschutz in Tunneln zum Einsatz kommen. Eine Hightech-Branche also, für die es durchaus Förderinstrumente geben könnte – zum Beispiel das neue Horizon 2020“, das technische Innovation gerade in KMU fördern will (s. Kasten S. 24 oben).

In anderer Hinsicht ist Lios Technology ein Paradebeispiel. „Im Jahr 2013 haben wir nur zehn Prozent unseres Umsatzes in Deutschland erzielt. »

FINANZIERUNG UND GRÜNDUNG SIND LEICHTER

Interview mit Professor Dr. Friederike Welter



Professor Dr. Friederike Welter ist seit Februar 2013 Präsidentin im IfM Bonn. Daneben hat sie den Lehrstuhl für BWL, insbesondere Management von kleinen und mittleren Unternehmen und Entrepreneurship an der Universität Siegen inne.

Text: Werner Grosch

Foto: Institut für Mittelstandsforschung

IHKplus: Wo liegen grundsätzlich die größten rechtlichen/praktischen Hürden und Einschränkungen für kleinere und mittlere deutsche Unternehmen, die im europäischen Ausland aktiv werden wollen?

Prof. Dr. Friederike Welter: Als wesentliche Einschränkung für die eigene wirtschaftliche Entwicklung nennen mittelständische Unternehmen – und darunter insbesondere die kleinsten Unternehmen – immer wieder die Belastungen, die ihnen aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Pflichten entstehen: Schließlich sind nicht nur die neuen Gesetze auf nationaler Ebene, sondern auch die EU-Vorgaben (zum Beispiel REACH-Verordnung) häufig mit zusätzlichen bürokratischen Belastungen und Kosten verbunden. Eine weitere Hürde: Die Suche nach Geschäftspartnern im europäischen Ausland. Daneben stellen natürlich auch die Gefahr von Zahlungsausfällen und die bisweilen unzureichende Rechtssicherheit Risikofaktoren für kleine und mittlere Unternehmen dar.

Welche politischen Initiativen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um den rechtlichen Rahmen für solches Engagement besser auszugestalten?

Wichtig für den Erfolg des Mittelstandes sind verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen und harmonisierte technische Normen in ganz Europa. Daneben hoffen insbesondere die industriellen Mittelständler darauf, dass sich die Wirtschaftslage in den Krisenländern Europas

„Wichtig für den Erfolg des Mittelstandes sind verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen und harmonisierte technische Normen in ganz Europa.“

stabilisiert und die Auftriebskräfte nach und nach wieder die Oberhand gewinnen. Infolgedessen steht für die Unternehmen auch die Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise an erster Stelle unter den wichtigsten politischen Handlungsfeldern.

Welche Fortschritte hat der Small Business Act gebracht, wo gibt es weiteren Bedarf?

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten haben sich mit dem Small Busi-

ness Act im Jahre 2008 auf Maßnahmen konzentriert, die für die kleinen und mittleren Unternehmen besonders relevant sind: bessere Finanzierung, leichter Marktzugang, Bürokratieabbau und Förderung von Existenzgründungen. Unseren Untersuchungen zufolge sind Finanzierungsrestriktionen inzwischen nur noch für rund jedes dritte Unternehmen, das international agieren möchte, von Bedeutung. Auch im Bereich der Existenzgründungen ist in den vergangenen Jahren europaweit schon einiges erreicht worden. Handlungsbedarf bleibt im Hinblick darauf bestehen, dass die kleinen und mittleren Unternehmen nicht durch die ständige Änderung von Gesetzen, Aufgaben und Pflichten belastet werden.

Welchen Nutzen hätte die seit Jahren diskutierte Rechtsform SPE, die der deutsche Mittelstand seit längerem fordert?

Bislang müssen deutsche Mittelständler Tochtergesellschaften im europäischen Ausland in einer landestypischen Rechtsform gründen. Das ist in der Regel zeit- und kostenaufwändig. Der Nutzen

von SPE liegt folglich auf der Hand: Mit der einheitlichen Rechtsform würde es den mittelständischen Unternehmen sehr viel leichter fallen, in die anderen EU-Staaten zu expandieren, da der erforderliche Bürokratieaufwand deutlich sinken würde. Darüber hinaus sind auch positive Auswirkungen in den Bereichen Corporate Identity, Außendarstellung des Unternehmens sowie Unternehmenssteuerung zu erwarten. Allerdings müssen aus Wettbewerbsgründen eine

steuerpolitische Neutralität der neuen Rechtsform sichergestellt sein und die Mitbestimmungsaspekte angemessen berücksichtigt werden.

Welche Chancen bieten aus Ihrer Sicht die EU-Förderprogramme (zum Beispiel „Horizon 2020“) für den deutschen Mittelstand?

„Horizon 2020“ unterscheidet sich nicht nur durch eine höhere Innovations- und Marktorientierung von den Vorgängerprogrammen, sondern auch durch die stärkere Ausrichtung auf die kleinen und mittleren Betriebe: Insgesamt 20 Prozent der Mittel aus den Schwerpunktgebieten II und III sind für die KMU vorgesehen. Damit können sie die finanziellen Risiken, die mit den Entwicklungsarbeiten im Marktvorfeld verbunden sind, besser abfedern. Zudem besitzen die exportstarken deutschen Mittelständler mehr Möglichkeiten zur Netzwerkbildung und zur Erschließung von Auslandsmärkten, da die Förderung grundsätzlich für transnationale Kooperationen gewährt wird.

Welche Branchen nutzen aus Ihrer Sicht die Chancen auf dem europäischen Binnenmarkt noch zu wenig, und warum?

Unsere jüngste Internationalisierungsstudie belegt, dass erwartungsgemäß viele Unternehmen im Handel und im verarbeitenden Gewerbe im Ausland aktiv sind. Allerdings ziehen dies durchaus auch viele (kleinere) Bauunternehmen sowie eine hohe Anzahl wirtschaftsnaher Dienstleistungsanbieter (wie Wartungsunternehmen, Serviceanbieter) in Erwägung. Zudem darf man nicht vergessen, dass es auch „Exporte“ gibt, die von der amtlichen Statistik nicht erfasst werden: Dies ist beispielsweise der Fall, wenn ausländische Privatpersonen in Köln ein Hotelzimmer oder einen Urlaub im Bergischen Land buchen.

» Im Vergleich dazu sind es 40 Prozent in Europa“, berichtet Oldemeyer. Nicht Landesgrenzen, sondern Märkte definieren die Zielgebiete.

Das ist die Grundposition, die sich inzwischen bei sehr vielen Mittelständlern in der Region zeigt. Dr. Peter Huppertz, Chef der Peter Huppertz Logistik GmbH in Köln, formuliert das ganz ähnlich wie Carsten Schwenecker von Ebero: „Das EU-Ausland sehen wir immer mehr wie Inland.“ Politik und Verwaltung halten mit dieser Entwicklung aber noch nicht ganz Schritt, meint der Unternehmer, der rund 450 Mitarbeiter beschäftigt und in vielen Ländern Europas aktiv ist. „Eine weitere Entwicklung hin zu einem vollständigen und einschränkungslosen Binnenmarkt ist unbedingt nötig“, fordert Huppertz.

Damit Unternehmen wie seines noch erfolgreicher auf dem Binnenmarkt sein können, müssten „rechtliche Verhältnisse nach und nach so weit wie möglich angeglichen werden“, meint Huppertz. Dazu »

IHKplus INFORMATION

NETZWERK MITTELSTAND

Das Netzwerk Mittelstand der IHK Köln ist ein Zusammenschluss von Unternehmerinnen und Unternehmern mit mindestens zehn Mitarbeitern, die sich vernetzen und gemeinsam für die Interessen der mittelständischen Wirtschaft in der Region einsetzen. „Wir tauschen uns zu allen mittelstandsrelevanten Themen aus. Dazu gehört neben Fachkräftemangel, interner Kommunikation, Entbürokratisierung und diversen Rechtsthemen natürlich auch das Thema Europa“, sagt Dr. Nicole Grünewald, Vizepräsidentin der IHK Köln und Geschäftsführerin der The Vision Company Werbeagentur GmbH.

Die Mitglieder des Netzwerks treffen sich regelmäßig zum Erfahrungsaustausch, zudem gibt es immer wieder Veranstaltungen, die speziell auf die Interessen des Mittelstands zugeschnitten sind. Am 18. März um 19:00

Uhr im Börsensaal der IHK Köln wird es um die Frage gehen, wie mittelständische Unternehmen jetzt und in Zukunft qualifizierte Mitarbeiter finden und halten können. Unternehmerinnen und Unternehmer zeigen Erfolgsbeispiele, aber auch Schwierigkeiten beim „Employer Branding“.

Weitere Informationen zur Veranstaltung und zum Netzwerk Mittelstand finden Sie auf www.ihk-koeln.de unter den **Dok.-Nummern 37919** und **74918** oder unter www.facebook.com/nwm-koeln.

Ansprechpartnerin für das Netzwerk in der IHK Köln ist:



Claudia Betzing
Tel. 0221 1640-420
claudia.betzing@koeln.ihk.de

IHKplus KONTAKT

Ansprechpartner International:



Alexander Hoeckle
Tel. 0221 1640-550
alexander.hoeckle@koeln.ihk.de



Christoph Hanke
Tel. 0221 1640-552
christoph.hanke@koeln.ihk.de

IHKplus VERANSTALTUNG

Der **8. IHK-Außenwirtschaftstag NRW** wird am 11. September 2014 federführend von der IHK Köln in Zusammenarbeit mit IHKs in NRW im Gürzenich durchgeführt. Die Veranstaltung richtet sich vor allem an Unternehmen aus NRW, die im internationalen Geschäft tätig sind oder sein wollen. www.ihk-aussenwirtschaftstag-nrw.de



www.ihk-aussenwirtschaftstag-nrw.de



„Eine weitere Entwicklung hin zu einem vollständigen und einschränkungslosen Binnenmarkt ist unbedingt nötig.“

Dr. Peter Huppertz, Peter Huppertz Logistik GmbH

» gehören seiner Ansicht nach „vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit, Aufenthaltsfreiheit und Niederlassungsfreiheit“.

Bemerkenswert ist, dass Mittelständler vor allem rechtspolitische Forderungen stellen, wenn sie generell über Aktivitäten im Ausland sprechen. Die Sicherung von Patenten im Ausland und die Bekämpfung von Korruption gehören zu den wichtigsten Anliegen, die die Unternehmer in einer Umfrage des Instituts für Mittelstandsforschung im Herbst 2013 äußerten.

Alexander Hoeckle, Geschäftsführer International und Unternehmensförderung der IHK Köln, kann diese Argumente gut nachvollziehen: „Solche Fragen beschäftigen auch in unserer Region viele Unternehmen. Oft können wir mit unseren Beratungsangeboten aber helfen, Unsicherheiten

abzubauen und Hürden zu überwinden. Außerdem öffnen wir durch direkte Kontakte und Unternehmerreisen Türen.“

Engagement steigt wieder

In der Umfrage des Instituts für Mittelstandsforschung zeigte sich auch, dass zwar die sogenannten BRIC-Staaten Brasilien, Russland, Indien und China an Bedeutung für die auslandsaktiven Unternehmen gewinnen – ein Drittel ist inzwischen allein in China engagiert –, dass aber die EU unangefochten der Auslandsmarkt schlechthin bleibt. Von den international orientierten Mittelständlern sind demnach 98,3 Prozent innerhalb der EU aktiv.

Die Schuldenkrise in einigen Staaten der Europäischen Union hat in den vergangenen Jahren die europäischen Aktivitäten von KMU eher ausge-

bremst. Doch dieser Trend scheint sich inzwischen umzukehren: Im Herbst 2013 sagten 30 Prozent der für das Exportbarometer der IHK Köln befragten Unternehmen, dass sie ihr Engagement ausbauen wollen. Der Mittelstand ist wieder auf dem Weg nach Europa.

Eine sehr positive Entwicklung, die Ulf C. Reichardt, Hauptgeschäftsführer der IHK Köln, nachdrücklich begrüßt: „Ob es um neue Märkte oder neue

Fachkräfte geht, der Mittelstand muss sich über die deutschen Grenzen hinaus orientieren. Die IHK Köln ist dabei nicht nur aktiver Begleiter, sondern mischt sich auch politisch da ein, wo Hürden in den Weg gestellt werden. Dass mehr als ein Fünftel der mittelständischen Unternehmen gravierende Mängel bei der Transportinfrastruktur in Deutschland als Hemmnis auf dem Weg nach Europa sieht, zeigt, dass Europa bei uns zuhause anfängt.“

IHKplus MEINUNG

GUTE EU-POLITIK IST EINE POLITIK FÜR DEN MITTELSTAND

Ulf C. Reichardt, Hauptgeschäftsführer der IHK Köln

Die Wahlen zum Europäischen Parlament, eine neue EU-Kommission sowie eine neue institutionelle Architektur auf Basis des Lissabon-Vertrages machen 2014 zu einem entscheidenden Jahr für Europa. Die IHK-Organisation – und damit auch die IHK Köln – beteiligt sich aus gutem Grund an der Debatte zur Zukunft Europas. Wichtiger Baustein in den Europapolitischen Positionen unserer Organisation sind Forderungen zur EU-Mittelstandspolitik. Rund 23 Millionen kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stellen 99,8 Prozent aller europäischen Unternehmen. Sie schaffen zwei Drittel aller Arbeitsplätze in der europäischen Privatwirtschaft. Eine gute EU-Wirtschaftspolitik ist also eine gute KMU-Politik. Sie sollte sich immer dem Ziel verpflichtet fühlen, die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes zu stärken. Davon sind wir aber leider immer noch zu weit entfernt. Die mittelständischen Strukturen, wie es sie vor allem in Deutschland und Österreich gibt, finden sich in anderen EU-Staaten deutlich we-

niger. Frankreich beispielsweise ist viel stärker geprägt von Konzernen. Deshalb ist die EU-Politik auch häufig zu sehr auf die Belange großer Unternehmen ausgerichtet. Die IHK-Organisation muss umso mehr Sprachrohr der kleinen und mittleren Unternehmen sein, gerade auch auf europäischer Ebene.

Nach wie vor belastet die EU-Bürokratie viele KMU stark. Zwar gab der Small Business Act der EU-Kommission von 2008 vor, dass alle Regelungen darauf geprüft werden müssen, inwieweit sie KMU belasten. Vier Jahre später war dies aber erst bei der Hälfte der Verordnungen geschehen. Auf der anderen Seite müssen unternehmensfördernde Maßnahmen auch konsequent umgesetzt werden. Dazu gehört etwa der „Aktionsplan Unternehmertum“, der unter anderem beinhaltet, Unternehmertum in Schulen und Hochschulen zu verankern. Außerdem sollte in der förderrelevanten KMU-Definition die Grenze von 250 auf 500 Beschäftigte erhöht werden. Schließlich soll in allen Mitgliedstaaten

sichergestellt werden, dass die Definition der EU-Kommission überall gleich angewendet wird. Nur wenn dies alles geschieht, setzt sich die Wirtschaftserfolgsgeschichte Europa fort. Seit Beginn der Finanz- und Staatsschuldenkrise sind in Deutschland vermehrt EU-kritische Stimmen zu hören. Aber welche Alternative zur EU kann es geben? Unsere KMU brauchen sie als Rahmen, um im internationalen Wettbewerb nachhaltig bestehen zu können. Gerade der Wirtschaftsraum Köln spürt dies täglich, liegen doch die wichtigsten Absatzmärkte unserer Unternehmen im unmittelbaren EU-Ausland. Er ist aber auch zusätzlich gefordert: Da die „Brüsseler Regularien“ unseren Mittelstand immer unmittelbarer betreffen, muss er sich mehr für europäische Belange interessieren und engagieren. Das DIHK-Büro in Brüssel ist dafür eine gute Anlaufstelle. Übrigens ist man von Köln aus dort schneller als in Berlin.



Gewerbepbau mit System: wirtschaftlich, schnell und nachhaltig

konzipieren bauen betreuen. www.goldbeck.de



GOLDBECK West GmbH, Geschäftsstelle Köln
50226 Frechen, Europaallee 29
Tel. 0 22 34 / 9 27 73-0